

**Theodor-Haecker-Preis für politischen Mut und Aufrichtigkeit
- Internationaler Menschenrechtspreis der Stadt Esslingen am Neckar**

Rede der Preisträgerin Dr. Leyla Yunus, Aserbaidschan

05. Mai 2013

**Nach dem Zerfall des mehrnationalen Gulags- der UdSSR, leben wir in einem
mittelalterlichen Khanat**

Als Erstes möchte ich gleich einen aufrichtigen Dank für die große Ehre aussprechen, mit dem Preis des großen Denkers Theodor Haecker ausgezeichnet worden zu sein. Es gehörte viel Mut dazu, zu Zeiten des Dritten Reichs radikal Kritik auszuüben. Einen Preis zu bekommen, der dem Gedenken an so einen Menschen gewidmet ist, ist eine große Ehre.

Für einen Menschenrechtler aus Aserbaidschan bedeutet das unschätzbare Hochachtung vor unserem kleinen Land. Aserbaidschan kann man nicht mit China oder Birma vergleichen, in denen die Situation um die Menschenrechte gut bekannt ist. In Europa weiß man ganz genau, dass die Menschenrechte und die Freiheit in solchen Ländern wie dem Iran, Weißrussland, Ruanda oder Afghanistan unterdrückt werden. Aber was weiß man schon über das 9-Millionen kleine Aserbaidschan, diese ehemalige Sowjetrepublik? Was weiß man in Europa und in Deutschland über diese südkaukasische Republik? Es ist Mitglied der OSZE, seit 2001 ebenfalls Mitglied im Europarat, es ist Teil der Ost-Partnerschaft und des Programms Gute Nachbarschaft mit der Europäischen Union. Das Land ist strategischer Partner der USA, Baku pumpt seine Erdölreserven über die Pipelines der Türkei nach Europa und schafft damit eine Alternative zu den russischen Erdölflüssen. Aserbaidschan ist ein Transitland für die Beförderung von Truppen nach Afghanistan.

Das Land grenzt im Norden an das christliche Russland, im Süden an das islamische Iran, im Westen an die christlichen Georgien und Armenien, im Osten an die moslemischen Turkmenistan und Kasachstan und hat ein bedeutendes kulturell-wirtschaftliches Potential (100% der Bevölkerung können lesen und schreiben), Anfang des 20. Jahrhunderts schuf es im islamischen Orient die erste klassische Oper und klassisches Ballett.

Nach dem Zerfall des Russischen Imperiums 1917 wurde in Aserbaidschan zum ersten Mal im moslemischen Orient eine Demokratische parlamentarische Republik (DPR) mit einem Mehrparteiensystem und einer parlamentarischen Regierungsform gegründet, wobei im Parlament viele nationale Parteien vertreten waren. Die Frauen hatten Stimmrecht. Auf diese Art und Weise wurde das Potential für die demokratische Entwicklung eines reichen Erdöllandes geschaffen.

Und was geschah mit Aserbaidschan 20 Jahre nach dem Zerfall der UdSSR? Was haben wir heute? Wie werden die menschlichen Grundrechte in Aserbaidschan gewährleistet?

Recht auf Leben

Ich werde nicht die Sterberate infolge der Folter in Untersuchungshaft des Innenministeriums und des Ministeriums für Nationale Sicherheit (8 bis 12 Personen im Jahr) nennen, auch werde ich keine Statistik der Verluste unter Armeeangehörigen nennen, die nicht auf Kampfhandlungen zurückgehen (bis zu 80 Personen werden jährlich zu Tode gefoltert). Als Beispiel werde ich lediglich die Geschichte einer Familie erzählen, die für das etablierte kriminelle Mafiaregime im Land sehr typisch ist und deshalb allgemein das Recht unserer Bürger auf Leben demonstriert.

Der Linguistik-Professor Nowruzali Mamedow, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Sprachwissenschaft, der Autor des einzigen talysisch-aserbaidisch-russischen Wörterbuchs, Redakteur der einzigen Zeitschrift in Aserbaidisch in talysischer Sprache „Stimme des Talyschen“, der einzige Wissenschaftler im Land für die talysische Sprache, hatte zum Zeitpunkt seiner Verhaftung im Februar 2007 die zweite Ausgabe des Wörterbuchs fertig. Er wurde von den Mitarbeitern des Ministeriums für Nationale Sicherheit im Februar 2007 festgenommen, die Familie hatte mehrere Tage lang keinerlei Informationen über ihn und seinen Aufenthaltsort. Die ganze Zeit hatten Untersuchungsbeamte des Ministeriums für Nationale Sicherheit ihn gefoltert und versuchten dabei ein Geständnis des Verrats am Vaterland und der Arbeit für den iranischen Geheimdienst aus ihm auszuquetschen. Trotz einer gebrochenen Rippe und des Schlüsselbeins gab der 69-jährige Professor kein Geständnis der Spionage ab. Während der Untersuchungshaft im Ministerium für Nationale Sicherheit brachte der ältere Sohn des Professors namens Kjamran, ein Doktor in Mathematik, ihm Lebensmittel. Jedes Mal nachdem er Lebensmittel für seinen Vater überreicht hatte, wurde Kjamran von Mitarbeitern des Ministeriums für Nationale Sicherheit, die in Zivil gekleidet waren, gepackt und mit dem Auto rausgefahren, dort schlug man ihn brutal zusammen. Nachdem Kjamran im September 2007 nach so einer Verprügelung total verblutet nach Hause kehrte, starb er ein paar Stunden später. Es gab keine Expertise über die Todesursache, kein Strafverfahren wegen des Todes von Kjamran Mamedow infolge der Verprügelung. Er wurde beigesetzt, seinem Vater erzählte man nicht vom Tod seines älteren Sohnes. Nowruzali Mamedow stritt seine Verbindung zu dem iranischen Geheimdienst weiterhin ab, weshalb das Ministerium für Nationale Sicherheit auch seinen letzten, den jüngeren Sohn Emil, festnahm. Man hat ihm einfach Drogen untergejubelt- eine normale Vorgehensweise für die Festnahme und Verurteilung von unerwünschten Personen im modernen Aserbaidisch. Die Untersuchungsbeamten erpressten den Professor mit Drohungen, Emil die Freiheit zu nehmen und ihm gesundheitlich zu schaden. Aber auch während der Gerichtsverhandlung erklärte der Professor Nowruzali Mamedow mutig, er habe sein Vaterland nicht verraten, und sollte er wegen seiner Zugehörigkeit zum talysischen Volk vor Gericht stehen, dann erkläre er, er sei sowohl auf sein Heimatland Aserbaidisch als auch auf sein Volk stolz. Er bekam 10 Jahre Haft, sein Sohn kam auf Bewährung frei. Im Februar 2009 wurde Nowruzali Mamedow in eine Kolonie versetzt, wo er weiterhin gefoltert wurde und schließlich im August 2009 in Haft starb. Im September 2009, am 40. Tag Mamedows Tod, fuhren seine Witwe und der jüngere Sohn Emil zum Friedhof. Emil war am Steuer als ein großer Laster gegen seinen kleinen PKW fuhr, der jüngere Sohn erlitt Verletzungen, die mit dem Leben nicht vereinbar waren.

Hier ist das Grab dieser Familie (Foto1)

Seit der Verhaftung von Nowruzali Mamedow informierte das Institut für Demokratie und Frieden die Öffentlichkeit über die Vernichtung des Professors und seiner Söhne.

Recht auf Schutz vor Folter

Ich denke, nachdem Sie die Geschichte der Familie Mamedow gehört haben, wird Ihnen klar sein, inwiefern die Bürger in Aserbaidisch vor Folter sicher sind. Während der Festnahme und Untersuchungshaft gehören Folter, Verprügelungen und unmenschlicher Umgang zur Tagesordnung. Das ist die Hauptmethode der Ermittlungen. In der Regel werden die Menschen von Personen in Zivil festgenommen, die keinerlei Dokumente vorzeigen, man wird einfach entführt und verprügelt. Man weiß weder wer einen entführt hat, noch mit welchem Ziel er es getan hat. Man weiß nicht, ob man getötet wird? Auf diese Art und Weise wurde am 21. Juni 2012 der neue Redakteur der Zeitung „Stimme des Talyschen“, ein Doktor in Mathematik, Menschenrechtler und Berater unseres Instituts für Demokratie und Frieden, Hilal Mamedow entführt. Als er verprügelt wurde, hat man ihm Drogen untergejubelt und brachte anschließend zur Hauptverwaltung für den Kampf mit dem organisiertem Verbrechen des Innenministeriums. Später brachte man zusätzlich neue Anschuldigungen gegen ihn: Verrat

am Vaterland, Spionage für den Iran sowie Anstiftung zu zwischennationalen und interreligiösen Konflikten. Auf das Thema der nach dem 11. September 2001 etablierten Art, religiösen Menschen sowie Vertretern nationaler Minderheiten falsche Anschuldigungen der Spionage zugunsten des Iran und des Versuchs terroristischer Übergriffe zu machen, komme ich noch zu sprechen.

An dieser Stelle möchte ich nur sagen, dass wirklich niemand vor Folter sicher ist. Folter ist in Aserbaidschan die Hauptmethode der Ermittlungen und die Hauptmethode, um Geständnisse zu erzwingen. Wenn also besonders schwere Verbrechenfälle (Terrorismus, Staatsstreich) gegen eine ganze Gruppe von Menschen fabriziert werden, sterben in der Regel eine bis zwei Personen aus einer Gruppe von 10-16 Menschen im Zuge der Ermittlungen an Folter. Ein Beispiel möchte ich anführen, damit Ihnen die Ermittlungsmethoden in Aserbaidschan klar sind.

Am 13. Januar 2007 wurden in Baku etwa 30 Menschen verhaftet. Viele von ihnen wurden von Männern in Zivil aus öffentlichen Orten ohne den Grund der Festnahme zu nennen einfach entführt. Den Entführten wurden sofort schwarze Tüten über den Kopf gezogen und man fuhr sie in unbekannte Richtung. Später stellte sich heraus, dass sie in die Untersuchungshaft des Ministeriums für Nationale Sicherheit kamen. Ein Teil der Verhafteten wurde nach einiger Zeit des Verbleibs in Zellen des Ministeriums für Nationale Sicherheit unter der Voraussetzung freigelassen, dass sie Zeugen von Anschuldigungen gegen diejenigen werden, die weiterhin im Ministerium für Nationale Sicherheit festgehalten wurden. 11 Personen blieben in Untersuchungshaft: Emin Mamedow, Said Dadaschbejli, Raschad Aliew, Mikail Idrisow, Dzhejhun Aliew, Dzhachangir Kerimow, Emil Mechbaliew, Farid Agaew, Samir Godzhaew, Bejbala Kuliew und Rsaim Kerimow.

„Die Untersuchungshaft“ dauerte 6 Monate, während dieser Zeit wurde keiner der Beschuldigten dem Gericht für eine Anklage, die Erteilung der Genehmigung einer Verhaftung und den Erlass eines Haftungsurteils für die Zeit der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Beschuldigten wurden dem Gericht zum ersten Mal am 17. September 2007 zur ersten Gerichtssitzung wegen schwerer Verbrechen vorgeführt. Gegen alle Beteiligten wurden Anschuldigungen gemäß entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs von Aserbaidschan hervorgebracht:

- Organisation einer verbrecherischen Vereinigung mit dem Ziel, schwere und besonders schwere Verbrechen zu begehen,
- Gewaltsame Machtergreifung und gewaltsamer Machterhalt, welche darauf abzielen, den Verfassungsstaat gewaltsam zu verändern,
- Staatsverrat, Spionage für einen anderen Staat,
- Herstellung und Verkauf von falschem Geld,
- Waffen- und Drogenbesitz.

OBWOHL KEINE DER HERVORGEBRACHTEN ANSCHULDIGUNGEN WEDER IM ZUGE DER ERMITTLUNGEN NOCH IM GERICHT NACHGEWIESEN WORDEN SIND, WURDEN DIE BESCHULDIGTEN ZU 12 BIS 14 JAHREN HAFT VERURTEILT (Gemeinsames Foto Nr. 2)

Wie wurden die Aussagen erzwungen

Alle Untersuchungsgefangenen ohne Ausnahme erlitten schwere gesundheitliche Schäden und einer der Untersuchungsgefangenen, Emin Mamedow, starb an Folter. Später erzählten die Verurteilten, wie sie in ihren Zellen das Stöhnen und Geschrei von Emin Mamedow hörten. Während des Verhörs brachte der Ermittlungsbeamte des Ministeriums für Nationale Sicherheit Sachib Alekperow jeden Beschuldigten einzeln in eines der Zimmer des Ministeriums, in dem sich auch andere Mitarbeiter befanden. Der Ermittlungsbeamte Sachib Alekperow machte den Fernseher an und zeigte die Videoaufnahme des Verhörs von Mamedow Emin, der geschlagen und mit Füßen getreten wurde. Er war voll mit Blut und bewegte sich nicht. Als er das zeigte, sagte Sachib Alekperow den Beschuldigten gleichzeitig, dass sie alle das gleiche Schicksal erwartet, wenn sie sich weigern, die für das

Ermittlungsverfahren notwendigen Aussagen zu machen. Der Ermittlungsbeamte Sachib Alekperow sagte direkt, dass Emin Mamedow nicht überleben würde und dass wenn Said Dadaschbejli und andere ihm folgen möchten, sie weiterhin schweigen sollen.

Im März 2007 hat man Emin Mamedow Mal wieder nach Verprügelungen den Kopf zerschlagen, er erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma, welches so stark war, dass Emin Mamedow das Bewusstsein verlor, seine Umwelt nicht wahrnahm und schon bald unter nicht geklärten Umständen starb.

Die ärztliche Beschreibung der Ursache für den Tod durch Tumor, Hirnbruch, Hirnblutungen, bedeutet, dass der Tod ein paar Monate nach der Verhaftung aufgrund von Folter und Verprügelungen in Zellen des Ministeriums für Nationale Sicherheit eintrat.*

Mehrere Monate lang hielten die Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Sicherheit den Tod von Emin Mamedow vor seinen Eltern und der Öffentlichkeit geheim. Dabei drohte man seiner Familie mit neuen Repressionen. Auf seine Anfrage nach dem Aufenthaltsort des Untersuchungsgefangenen Emin Mamedow erhielt sein Anwalt die Antwort, das Ministerium für Nationale Sicherheit wisse nicht, wo er sich aufhält und so eine Person existiere im Ministerium für Nationale Sicherheit nicht.

Bei den Gerichtsverhandlungen wurde Emin Mamedow**, der in den Zellen des Ministeriums für Nationale Sicherheit zu Tode gequält wurde, überhaupt nicht erwähnt. Für das Gericht und die Öffentlichkeit ist er spurlos verschwunden. (Foto von Emin Mamedow Nr. 3).

Es war das Institut für Demokratie und Frieden, welches die Ermittlungen dieses Falls durchführte und die Namen von unschuldig Verurteilten in die Liste der Gefangenen des Gewissens aufnahm.

Recht auf Versammlungsfreiheit

Am 07. März 2013 wurden drei Aktivisten der Jugendbewegung NIDA festgenommen. Einer von ihnen war nicht einmal 17 Jahre alt. Natürlich verhörten ihn die Ermittlungsbeamten ohne seine Eltern und Anwälte, wie es das Gesetz verlangt. Im Endeffekt gaben bereits am 07. März alle drei jungen Leute auf fast allen Fernsehsendern zu, sie hätten vor, auf der für den 10. März geplanten Aktion der jungen Leute gegen die vielen Todesfälle bei der Armee, Marihuana an alle zu verteilen und die Berauschten dafür auszunützen, Unruhen mit Molotow-Cocktails zu stiften.

Die Eltern der Jugendlichen erzählten den Menschenrechtlern, dass es die Ordnungsbeamten waren, die in ihre Wohnungen Drogen und Molotow-Cocktails untergejubelt hatten. Bereits am nächsten Tag begannen die Festnahmen der NIDA-Anführer und die Verhöre der Aktivisten anderer Jugendorganisationen. Einen Tag später wurde (von der Staatsanwaltschaft versiegelt) die von den Aktivisten gegründete einzige unabhängige Universität des Freien Gedankens geschlossen- der einzige Ort, an dem sich die jungen Menschen frei versammeln konnten und die Probleme der Geschichte, Philosophie, Literatur besprechen, Vorträge eingeladener Experten hören, u.a. der Berichterstatter aus den USA und der Europäischen Union.

Im November 2005 verbot die Ausführende Gewalt der Hauptstadt Aserbaidshans jegliche Art von Aktionen innerhalb der Stadt, seien es Mahnwachen oder Demonstrationen. In den Provinzen sind ebenfalls Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Jegliche Art von Versammlungen werden von der Polizei und dem Sonder-Regiment besonders grausam unterdrückt. Video Nr. 4. 2013, im Jahr der Präsidentenwahl, wurde im Land praktisch der Ausnahmezustand eingeführt- Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien, die die Macht als gefährlich einschätzt, dürfen auch in geschlossenen Räumen keine Versammlungen durchführen.

Vergeblich versuchte unser Institut für Demokratie und Frieden einen Konferenzsaal bei sieben unterschiedlichen privaten Hotelbesitzern Bakus zu mieten. Wir erhielten die ganze Zeit Absagen mit dem Hinweis, das Ministerium für Nationale Sicherheit verbiete es, dem

Institut für Demokratie und Frieden Räumlichkeiten zu vermieten. In den Provinzen ist die Situation noch schlechter. Im April 2013 drang die Polizei in die Privathäuser der Bewohner von Sabirabada und Scheki ein und jagte die Aktivisten der Oppositionsparteien, die sich in den eigenen Räumlichkeiten versammelt hatten, auseinander! (Video Nr. 5)

Aktivisten der Zivilbevölkerung und Oppositionsführer dürfen sich im Land nicht frei bewegen und keine Provinzen besuchen. Die Polizei hält ihre Autos auf und schickt sie zurück in die Hauptstadt.

Recht auf ein gerechtes Gericht

Angesichts des oben erwähnten ist es offensichtlich, dass in Aserbaidschan die Freiheit und die persönliche Unantastbarkeit nicht gewährleistet sind, die Bürger Aserbaidschans haben kein Recht auf eine gerechte Gerichtsverhandlung. Unter diesen Umständen konzentriert sich die Arbeit des Departments für Menschenrechte unseres Instituts auf das Monitoring von Gerichtsprozessen, die Veröffentlichung in den Massenmedien der juristischen Analyse von Gerichtsprozessen unter Angabe des Gesetzesverstößes der Republik Aserbaidschan und der Normen des internationalen Rechts durch Richter und Staatsanwälte, unter anderem der Europäischen Menschenrechtskonvention, der sich Aserbaidschan bei seinem Beitritt zum Europarat 2001 anschloss.

Bei seinem Beitritt zum Europarat nahm Aserbaidschan freiwillig 21 Verpflichtungen auf sich, eine von welchen folgendermaßen lautet- „alle Häftlinge, die die lokalen Menschenrechtler als politische Häftlinge ansehen, sollen freigelassen werden oder es sollen wiederholte Gerichtsprozesse in ihren Fällen stattfinden“. Unser Institut für Demokratie und Frieden hat viele Anstrengungen dafür unternommen, damit Aserbaidschan diese Verpflichtung aufgebunden wird. Mein großer Dank gilt dem ersten Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zum Problem der politischen Gefangenen, dem Abgeordneten aus Belgien Georges Clerfayt, der unsere größte Liste mit 716 Häftlingen als Grundlage nahm.

Über 10 Jahre sind vergangen, aber diese Verpflichtung bleibt, wie auch eine Reihe anderer, unerfüllt. Doch aufgrund der Arbeit des Herrn Clerfayt ist 2003 die Zahl der politischen Gefangenen und der Gefangenen des Gewissens deutlich zurückgegangen. Heute beinhaltet die Liste des Instituts für Demokratie und Frieden über 70 Namen (am 26. April 2013- 72 Personen). Ich kann keine genaue Zahl nennen, da in diesem Präsidentenjahr praktisch jede Woche Menschen verhaftet werden. Die meisten in Haft sind heute Gefangene des Gewissens, also Menschen, die nichts verbrochen haben, gegen die Straftaten auf politische Anordnung der Macht gefälscht worden sind. Es sind meine Kollegen- die Menschenrechtler: Hilal Mamedow, Ilcham Amiraslanow, Ilgar Rzaew, Bachtijar Mamedow, der Journalist Awaz Zejnaly, die Aktivisten der Opposition Ilgar Mamedow und Tofik Yagublu, Aktivisten der Jugendbewegung NIDA (Foto Nr. 6-8-).

Meine Kollegen und ich hatten große Hoffnungen auf die Mission des im März 2009 gewählten neuen Berichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus Deutschland zum Problem der politischen Gefangenen, den Abgeordneten aus Deutschland, Herrn Christoph Strässer auferlegt. Von Anfang an hinderte die Macht in Aserbaidschan ihn in seiner Arbeit. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wurde Christoph Strässer nicht als Sonderberichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nach Aserbaidschan gelassen, er bekam kein Visum (!), die Führung des Europarates hat nicht einmal gegen so ein Verhalten gegenüber dem gewählten Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates protestiert.

Da er die Hoffnung verlor, ein Visum zu bekommen, verfasste Christoph Strässer seinen Bericht auf der Grundlage von Materialien, die ihm die aserbaidschanischen Menschenrechtler zur Verfügung stellten. Ich bin stolz darauf, dass die Namen der Gefangenen des Gewissens

und politischer Gefangenen aus der Liste des Instituts für Demokratie und Frieden in den Bericht und die Resolution von Herrn Strässer mit aufgenommen wurden.

Auf der Januartagung (2013) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war die Resolution Strässers Gegenstand der Besprechungen. Ich zweifelte nicht daran, dass die Resolution genehmigt wird und als Grundlage für die Befreiung von unschuldig Verurteilten dienen wird. Aber am 29. Januar stimmten 79 Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für die Resolution und 125 dagegen. Zum ersten Mal in zwölf Jahren der Mitgliedschaft Aserbaidshans im Europarat wurde die Resolution eines Sonderberichterstatters zum Problem der politischen Gefangenen nicht verabschiedet. Ich werde jetzt nicht über die Gründe solch einer Abstimmung sprechen. In Aserbaidshan und Europa gibt es viele Veröffentlichungen über die so genannte „Caviar Diplomacy“ eines erdöl- und kaviarreichen Bakus. Der spanische Abgeordnete Pedro Agrumunt Font de Mora, der für das Monitoring der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber dem Europarat seitens Aserbaidshans zuständig ist, rief am 23. Januar 2013 die Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zwei Mal (!) dazu auf, gegen die Resolution von Herrn Strässer abzustimmen, indem er versicherte, dass auf der Liste von Herrn Strässer Namen islamistischer Terroristen sind, und unschuldig verurteilte von Ilcham Alijew in den nächsten Tagen frei gelassen werden...

(Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie zu Sowjetzeiten der erste Sekretär der Kommunistischen Partei Aserbaidshans Gejdar Alijew Störe, schwarzen Kaviar, Juwelier-Schmuck, Diamanten usw. an die Mitglieder des Politischen Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR schickte...Wir dachten das sei vorbei...)

Die Abstimmung gegen die Resolution des mutigen Herrn Christopher Strässer, der die Kraft fand, so eine große Arbeit durchzuführen und einen detaillierten Bericht vorzubereiten, obwohl er nicht in das Land reingelassen worden ist, öffnete buchstäblich die Tore für neue Repressionen, die nicht auf sich warten ließen.

Bereits am 04. Februar 2013 wurden der Oppositionsführer der Bewegung „REAL“, Ilgar Mamedow und der Aktivist der Oppositionspartei „Musavat“, Tofik Yagublu, wegen Organisation von Massenunruhen in einer der Provinzen verhaftet.

Am 25. Februar 2013 wurde der Menschenrechtler Bachtijar Mamedow zu 8 Jahren Haft verurteilt, am 12. März wurde Awaz Zejnaly zu 9 Jahren Haft verurteilt.

Im März begannen die Festnahmen von Aktivisten der Jugendorganisationen (Foto Nr. 9-15). Die Unterdrückung von Protestaktionen ist noch grausamer geworden. (Video Nr. 16)

Recht auf Eigentum

Gerne würde ich besonders die für Aserbaidshan typische und zwischen 2008 und 2013 ein hohes Ausmaß erreichte Verletzung des Rechts der Bürger auf Eigentum durch die Machthaber hervorheben.

Der erste Erdölboom begann in Baku Anfang des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurden von Erdöl-Magnaten unter Beteiligung europäischer Architekten im historischen Teil der Stadt Villen und öffentliche Bauten errichtet, die später unter Denkmalschutz des Staates und manche der UNESCO fielen. Das alles verlieh der Stadt eine besondere Note.

Wie auch in jeder anderen Hauptstadt, sind Grundstücke im Zentrum am teuersten. Und nun nehmen die verbrecherischen mafiösen Machthaber im Land den Bürgern, die im Stadtzentrum wohnen, illegal ihr Eigentum. Dabei werden die Menschen wegen Verstößen gegen die Artikel der Verfassung, der ZPO und des Strafgesetzbuchs enteignet. Und da es keine unabhängigen Gerichte gibt, können die Menschen ihr Eigentum nicht vor Gericht

verteidigen. In der genannten Zeit wurden über 100.000 Bewohner Bakus illegal ihrer Wohnungen, Häuser und Geschäftsobjekte beraubt.

Wie läuft das ab?

Laut Gesetz bedarf es für die Änderung des Aussehens einer Stadt eines architektonischen Generalplans, der der Öffentlichkeit vorgestellt (nach Möglichkeit auch diskutiert) und vom Ministerkabinett beschlossen werden muss. Die Bürger müssen über den Plan unterrichtet werden und diejenigen, deren Häuser abgerissen werden, müssen 3 Jahre im Voraus entsprechend informiert werden. Nach der Genehmigung des architektonischen Plans der Stadt wird ein Budget für die Rekonstruktion ausgearbeitet und entsprechend vom Parlament verabschiedet. Selbstverständlich muss der ganze Ablauf transparent sein. Dabei müssen die Bürger darüber unterrichtet werden, wie hoch die Summe des Schadenersatzes gemäß des verabschiedeten Budgets für sie sein wird. So lautet das Gesetz.

Im 21. Jahrhundert werden in Aserbaidshan keine architektonischen Pläne verabschiedet. Deshalb wissen die Bürger auch nicht, wann, wo und was die Machthaber abreißen werden. Alle leben in Angst, ihr Haus könnte abgerissen werden. Da es keinen Plan gibt, gibt es auch kein verabschiedetes Budget. Der Präsident Ilham Alijew sagte einfach im Fernsehen, die Bürger sollen zufrieden sein, wenn sie für ihr Eigentum 1.500 Manat (umgerechnet 1.500 EURO) für einen Quadratmeter bekommen. Es erinnert doch an einen mündlichen Erlass des Sultans im Mittelalter, der auf dem Platz verkündet wurde (in diesem Fall im Fernsehen)! Danach begann man mit dem Abriss, dabei bekamen die Menschen offiziell keine Schadenersatzzahlungen. Bürger, die buchstäblich auf die Straße hinausgeworfen wurden, wurden von der ausführenden Gewalt Bakus und dem Staatskomitee für Vermögensfragen gezwungen, mit den natürlichen Personen Urfan Kerimow und Zulfan Ismajlow fingierte Verträge über den Verkauf ihrer Wohnungen und Häuser (oft bereits abgerissene) abzuschließen. Die letzteren sind gewöhnliche Mitarbeiter der ausführenden Gewalt in Baku, auf ihre Privatkonten haben viele Ministerien und Behörden, wie z.B. die Staatliche Erdölgesellschaft, Millionen von Manaten überwiesen.

Das zeigt die offensichtliche Korruption bei der illegalen Enteignung.

Am 10. August 2011 veröffentlichte „Die New York Times“ mein Interview, in dem ich ausführlich über dieses verbrecherische Schema der Enteignung der Bürger, die Korruption und die Staatsbeamten berichtete.

Bereits am Abend des 11. August wurde unser Haus, in dem sich seit 1995 das Institut für Demokratie und Frieden befand, die vom Institut für Demokratie und Frieden 1997 gestartete aserbaidshanische Kampagne gegen den Einsatz von ACBL-Minen (Teil der internationalen Kampagne gegen den Einsatz von ICBL-Minen), das vom Institut für Demokratie und Frieden 2001 gegründete erste und einzige in Aserbaidshan Frauenkrisenzentrum, mit Planieraugen niedergerissen. Die Planieraugen rissen nicht nur das Haus nieder, sondern auch das gesamte Vermögen darin, inklusive Archiv und Bibliothek. Meine Kollegen durften nichts hinausbringen... (Video Nr. 17)

Wir erhielten keinen Schadenersatz.

Wir leben wie in einer Besatzung, in jedem Augenblick und zu jeder Tageszeit kann man aus seinem Haus hinausgeworfen werden und es kann zerstört werden. Besonders grausam waren diese Besatzer während der Eurovision in Baku. Die Menschen erfuhren ein paar Tage vorher, dass ihre Häuser niedergerissen werden.

(Video Nr. 18)

Weder Frauen noch Kranke wurden verschont (Video Nr. 19)

Recht auf Meinungsfreiheit und Freies Denken

Journalisten, die Studien zu Korruptionsmachenschaften der machthabenden Familie Alijew sowie verbrecherischen Handlungen der zuständigen Beamten, Minister und Abgeordneten veröffentlichen, werden auf eine schmutzige Art und Weise erpresst, körperlicher Gewalt und mehrjähriger Gefängnishaft ausgesetzt (Foto Nr. 20).

Aber nicht nur Journalisten und Reporter, sondern auch Autoren literarischer Werke werden in Aserbaidtschan verfolgt. Im Dezember 2012 veröffentlichte das Magazin „Völkerfreundschaft“ in Moskau den Roman des aserbaidtschanischen Volks-Schriftstellers Akram Aylisli „Steinerne Träume“, der von den Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidtschan im letzten Jahrhundert erzählt. Bereits ein paar Tage später führte der Präsident Ilham Alijew eine Beratungsrunde durch, bei der er Aylisli den Titel „Volks-Schriftsteller“ und seine Rente aberkannte. Sofort wurde er aus dem „Verband aserbaidtschanischer Schriftsteller“ ausgeschlossen. Alle seine Familienmitglieder, seine Frau und die Söhne, wurden entlassen. Vor dem Haus, in dem der Schriftsteller wohnt, versammelten sich jeden Tag Demonstranten, die die Bücher des Schriftstellers und seine Puppe im Sarg verbrannten. Einer der eifrigen Befürworter der Macht rief die jungen „Patrioten“ dazu auf, dem Schriftsteller ein Ohr abzuschneiden und lobte für das abgeschnittene Ohr 10.000 EURO aus. Danach wurden die Bücher von Akram Aylisli, eines der Klassiker unserer Literatur, aus Bibliotheken und dem Schulprogramm für Literatur entfernt. Das Institut für Demokratie und Frieden hat als erstes eine Erklärung zur Unterstützung von Akram Aylisli und seines Romans abgegeben. Bereits im September 2012 haben Kollegen aus Armenien („Forschungszentrum Region“ mit Laura Bagdasarjan an der Spitze) und wir die erste und einzige gemeinsame armenisch-aserbaidtschanische Webseite www.publicdialogues.info gegründet (mit der finanziellen Unterstützung des britischen Außenministeriums). (Foto Nr. 21)

Auf dieser Webseite starteten wir die Kampagne zur Unterstützung von Akram Aylisli, an der Schriftsteller, Personen des öffentlichen Lebens verschiedener Länder und Nationalitäten teilnahmen. Laura Bagdasarjan fand in Jerewan sogar dieses Mädchen, über dessen Begegnungen mit dem Schriftsteller in den 50-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts er in dem Roman „Steinerne Träume“ schrieb. Heute ist sie bekannte Malerin, sie teilt ihre Erinnerungen über die Kindheit, die sie in diesem Dorf Aylis verbrachte, mit den anderen. Bemerkenswert ist, dass sie beide, sowohl der aserbaidtschanische Schriftsteller als auch die armenische Malerin, den Namen des Dorfes zu ihrem Künstlernamen machten. Wir versuchen unseren Völkern zu zeigen, dass uns mehr verbindet als uns trennt und dass man nach Gemeinsamkeiten suchen muss, egal wie stark uns unsere mafiösen Machthaber auf unsere Hände schlagen.

Menschen- und Kinderhandel

Und das letzte, worüber ich als Frau und Mutter nicht schweigen kann:

Im Herbst 2008 wandte sich an unser Institut für Demokratie und Frieden die Familie Medzhidow aus einem Berggebiet namens Diwichinskij, welches im Norden von Aserbaidtschan ist. Die zwei Schwestern aus der Familie Medzhidow, 7 und 14 Jahre alt, wurden entführt als sie Beeren an der Landstraße sammelten. Das ganze Dorf machte sich auf die Suche nach dem Mädchen. Die Entführer wurden gefunden- es waren drei Brüder aus dem Nachbardorf. Bei den Ermittlungen sagten sie aus, dass sie bereits seit mehreren Jahren junge Frauen im Auftrag des Polizeichefs des Bezirks Diwichinskij und seines Stellvertreters entführten. Die Entführer erzählten ausführlich, wie sie die entführten Mädchen dem stellvertretenden Polizeichef übergaben und wie viel Geld sie dabei erhielten. Aber 2008 wurden zum ersten Mal solche minderjährigen Mädchen in Auftrag gegeben. Alle Aussagen der Verbrecher wurden im Zuge der Ermittlungen festgehalten, protokolliert, von Ermittlungsbeamten und Untersuchungsgefangenen unterzeichnet und an das Gericht übergeben. Die Anwälte

brachten diese Verhörprotokolle in unser Institut. Doch während des Gerichtsprozesses fälschte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsmaterial und gab an, die Entführer hätten die Entführung, Vergewaltigung und die Ermordung der Schwestern Medzhidow zugegeben. Es ist bemerkenswert, aber sowohl der Anwalt der Beschuldigten als auch der Betroffenen vertraten im Gericht die eine und dieselbe Meinung (!) und forderten, man solle den Polizeichef des Bezirks Diwichinskij und seinen Stellvertreter in die Ermittlungen mit einbinden. Ich veröffentlichte in den Massenmedien die Originale der Ermittlungsprotokolle und gab eine Pressekonferenz mit den Anwälten der Betroffenen und Beschuldigten sowie den Eltern der Mädchen und nannte die echten Verbrecher aus höheren Dienstgraden des Innenministeriums des Bezirks Diwichinskij. Wir forderten, die Polizeioberste sollen sich der strafrechtlichen Verantwortung unterziehen.

Doch die Richter ignorierten die Aussagen der Beschuldigten, die Anträge der Anwälte sowie auch unsere Veröffentlichungen, und die Polizisten wurden nicht in die Ermittlungen mit einbezogen. Auf einen Antrag des Innenministeriums hin, welches mich der Beleidigung der Ehre von Polizeibeamten beschuldigte, begann man gegen mich einen Gerichtsprozess. Über ein halbes Jahr zog sich der Gerichtsprozess gegen mich hin. Und nur dank der Solidarität von Kollegen aus Aserbaidschan und den internationalen Menschenrechtsorganisationen, sowie der Aufmerksamkeit gegenüber dem Prozess seitens diplomatischer Missionen, war der Minister gezwungen, seinen Antrag zurückzunehmen.

Ich war fertig. Die Verbrecher mit Schulterstücken erlitten keinen Schaden, sie setzten ihre verbrecherischen Handlungen auch weiterhin fort.

Mein tiefer Dank gilt der Hamburger-Stiftung und den hier anwesenden Martina Beule und Johannes. Zur richtigen Zeit lud man mich nach Hamburg ein und gab mir im Jahr 2010 während sieben Monaten die Möglichkeit, Atem zu holen und wieder zu mir zu kommen.

Meine Menschenrechtsarbeit begann ich in der UdSSR. Als ich damals bei Aktionen auftrat, sagte ich die ganze Zeit, dass wir für die Vernichtung des mehrnationalen Gulags namens Sowjetunion kämpfen. Ich fügte hinzu, dass das Schlimmste, was uns nach unserem Kampf passieren kann, ist, wenn wir uns in einem nationalen Gefängnis wiederfinden, was vielen von uns, den Weißrussen, Turkmenen, Usbeken, Aserbaidschanern auch passierte...

Sie können mir widersprechen- aber sie leben in Freiheit, sie bewegen sich frei in der Welt und kritisieren scharf die Regierungen. Und das ist wahr. Wir haben das Potential, dem kriminellen Regime zu widerstehen, uns für Menschenrechte, den Sieg des Gesetzes und die Demokratie einzusetzen.

Es hilft uns, wenn wir die Unterstützung solcher Ehrenpersonen wie des Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe Markus Löning, des Botschafters der BRD in Baku, Herbert Quelle, des ehemaligen Botschafters von Norwegen in Aserbaidschan, Steiner Gil, des Berichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus Deutschland zum Problem der politischen Gefangenen, den Abgeordneten aus Deutschland, Herrn Christoph Strässer, des ehemaligen tschechischen Ministers, Karel Schwarzenberg haben.

Heute teilen hier in diesem Saal zurecht meine Kollegen Azad Isa-Zada, Hikmet Haji-Zada, Fuad Aghayev, Mehman Aliyev, Matanat Azizova, unsere mutigen Journalisten Kjanan Aliev, Aziz Karimov und natürlich mein Rückhalt und meine Unterstützung, ohne deren Hilfe ich nichts tun könnte, mein Mann Arif und meine Tochter Dinara den Preis mit mir.

Mein aufrichtiger Dank für die große Ehre, die mir zuteil wurde, gilt noch einmal dem Gemeinderat und der Verwaltung der Stadt Esslingen und persönlich Dr. Jürgen Zieger.